

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS

Call for Papers

Heft 2/2020 der Femina Politica: Feministische Perspektiven auf reproduktive Rechte und Politiken der Reproduktion (Arbeitstitel)

Das im Rahmen der Internationalen Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung 1994 in Kairo entwickelte und auch innerhalb feministischer Bewegungen umstrittene Konzept der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte wurde 1995 in die Aktionsplattform der vierten Weltfrauenkonferenz integriert und völkerrechtlich als Bestandteil der Menschenrechte anerkannt. Die Übersetzung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte in nationale Politiken wird seither von einem regen Diskurs und politischen Aktivitäten verschiedener Akteur*innen begleitet: Während sie von vielen Frauen-, Menschenrechts- und Gesundheitsbewegungen begrüßt werden, artikulieren konservative christliche und islamische Kräfte sowie rechtspopulistische Bewegungen und Parteien starke Vorbehalte und formieren Widerstand. Dabei sind diese Kontroversen nicht neu. Die Selbstbestimmung von Frauen über ihren Körper und ihre Reproduktivität war historisch schon immer sozial und politisch umstritten und Gegenstand (bio)politischer Kämpfe wie Versuche, die individuelle Prokreation und die Bevölkerungsentwicklung etwa mit pro- bzw. antinatalistischen Politiken zu beeinflussen und zu regulieren.

Vergleichsweise neu ist jedoch die Entkopplung von Sexualität und Fortpflanzung. Spätestens seit der Geburt von Louise Brown, dem ersten durch künstliche Befruchtung gezeugten Kind weltweit, im Jahr 1978 wurde die biologische Reproduktion ihrer vermeintlichen Natürlichkeit entledigt und vergesellschaftet. Seither unterstützen neue Reproduktionstechnologien die Möglichkeit der Familiengründung von Paaren, die auf natürlichem Weg kein Kind zeugen bzw. gebären können, auch in Lebensphasen jenseits der biologischen Reproduktivität („social freezing“). Fortpflanzung und die Reproduktion der Gattung sind damit einerseits zum Verhandlungsgegenstand zwischen Individuen geworden – Lebensformen und -stile einschließlich Mutterschaft, Vaterschaft und Elternschaft werden nunmehr sozial, politisch und rechtlich neu verhandelt und kartographiert. Andererseits überschreiten neu entstandene bio-ökonomische Dynamiken und marktförmige Mechanismen in Bezug auf Samen- und Eizellspenden, künstliche Befruchtung und Leihmutterschaft längst die nationalen Kontexte. Reproduktive Rechte scheinen so auch von ökonomischen Faktoren abhängig zu sein, angesichts derer die (biologische) Reproduktion der Gattung teilweise warenförmig organisiert wird und neue Ungleichheiten hervorbringt bzw. alte bestätigt. Denn ebenso wie medizinisch unterstützte Schwangerschaftsab-

brüche gehen die assistierten Familiengründungen zum Teil mit privat zu tragenden Kosten einher, die nicht von allen gleichermaßen aufgebracht werden können, während bspw. Eizell- und Samenspenden sowie Leihmutterchaften eine neue Einkommensquelle für andere darstellen können und die ‚Qualität‘ und den Wert von Kindern in neues Licht rücken.

Geraht wird diese neue Gemengelage durch eine sich verändernde demographische Situation. Politische Versuche, den Geburtenrückgang in vielen Teilen der westlichen Welt ins Gegenteil zu verkehren oder das Bevölkerungswachstum in Ländern mit hohen Geburtenziffern zu begrenzen, stoßen an politische, rechtliche und ethische Grenzen und zeigen zudem nur mäßige Wirkungen. Insbesondere im konservativen und rechtspopulistischen Spektrum scheinen dennoch (bio)politische Versuche zu erstarken, die individuelle Prokreation und die Bevölkerungsentwicklung zu beeinflussen und zu regulieren. Sich neu formierende Proteste gegen diese Aktivitäten sind die Folge. Daneben wird sukzessiv sozial und politisch re-definiert, was Elternschaft heute bedeutet und wer daran wie (nicht) teilhaben darf, und im Zuge dessen das Recht auf ein Kind neu bestimmt. Diese Frage gewinnt insbesondere vor dem Hintergrund einer (neo-kolonialen) transnationalen Ausbeutung („Reproduktionstourismus“) an Bedeutung.

Das Themenheft widmet sich diesen aktuellen Entwicklungen im globalen Kontext, aber auch zeitgeschichtliche Perspektiven mit Bezug zur Gegenwart sind von Interesse. Willkommen sind theoretische und/oder theoriegeleitete empirische Beiträge, insbesondere zu vergleichend bzw. transnational oder global angelegten Aspekten. Folgende Fragen stehen im Zentrum des Schwerpunkts:

- ▶ Wie stellt sich die erreichte Durchsetzung der reproduktiven Rechte und von Politiken der Reproduktion aus feministischen Perspektiven dar? Welche grundlegenden feministischen Kritiken gibt es am Konzept reproduktiver Rechte?
- ▶ Wie versuchen politische Akteure, z.B. Regierungen, (rechtspopulistische) Parteien, soziale Bewegungen und/oder Akteure wie Kirchen, die reproduktiven Rechte neu zu bestimmen, auszuweiten oder einzuschränken? Wo finden sie Unterstützung in ihren Anliegen, wo treffen sie auf Widerstand? Welche Aktionsformen kommen dabei zum Einsatz?
- ▶ Wie tragen pro- bzw. antinatalistische Politiken dazu bei, die Bevölkerungsentwicklung auf nationaler, transnationaler und internationaler Ebene zu beeinflussen? Welche Begründungen kommen dabei zum Einsatz, welche Instrumente werden verwendet, und inwiefern sind diese erfolgreich?
- ▶ Inwiefern wirken die Kontroversen um reproduktive Rechte und Politiken der Reproduktion mobilisierend auf aktuelle lokale, globale und globale Frauen- und Menschenrechtsbewegungen? Welche Aktivitäten werden entfaltet, welche Protestformen werden entwickelt? Mit welchem Erfolg?
- ▶ Wie sind die gegenwärtigen politischen Aktivitäten und rechtlichen Regelungen, etwa zur assistierten Elternschaft (einschließlich Leihmutterchaft) oder zum

Schwangerschaftsabbruch, aus feministischen Perspektiven zu bewerten? Welche Chancen, welche Probleme gehen damit einher, welche Fragen sind bisher ungelöst? Inwiefern werden damit Chancen zur Selbstbestimmung eröffnet und/oder neue Ungleichheiten begründet? Welche Länder profitieren in welcher Art und Weise? Wie haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren verändert, was bedeutet das?

- Inwiefern stellen Versuche, Familie und Elternschaft neu zu bestimmen, das moderne Staatsverständnis in Frage, das allgemein auf dem heterosexuellen, rechtlich durch die Ehe verbundenen Paar mit leiblichen Kindern beruht? Wie reagieren Staaten darauf? Wie könnte eine Neubestimmung von Staatlichkeit aussehen, die die Idee der reproduktiven Rechte aufgreift und Politiken der Reproduktion geschlechtergerecht ausrichtet?

Beitragsvorschläge zu Aspekten, die im Call for Papers angesprochen, in diesen Fragen aber möglicherweise nicht erschöpfend aufgegriffen werden, sind ebenfalls willkommen!

Abstracts und Kontakt

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Heike Kahlert und Agnes Blome betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts bis zum 30. November 2019 an heike.kahlert@rub.de, agnes.blome@fu-berlin.de oder redaktion@femina-politica.de. Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert wissenschaftliche Arbeiten von Frauen* in und außerhalb der Hochschule. Deshalb werden inhaltlich qualifizierte Abstracts von Frauen* bevorzugt.

Abgabetermin der Beiträge

Die Schwerpunktverantwortlichen laden auf der Basis der eingereichten Abstracts bis zum **15. Dezember 2019** zur Einreichung von Beiträgen ein. Der Abgabetermin für die fertigen, anonymisierten Beiträge im Umfang von 35.000 bis max. 40.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen, Fußnoten und Literatur) ist der **15. März 2020**. Die Angaben zu den Autor_innen dürfen ausschließlich auf dem Titelblatt erfolgen. Alle Manuskripte unterliegen einem Double Blind Peer-Review-Verfahren. Pro Beitrag gibt es ein externes Gutachten (Double Blind) und ein internes Gutachten durch ein Redaktionsmitglied aus dem Herausgeberinnenteam. Ggf. kann ein drittes Gutachten eingeholt werden. Die Rückmeldung der Gutachten erfolgt bis spätestens **15. Mai 2020**. Die endgültige Entscheidung über die Veröffentlichung des Beitrags wird durch die Redaktion auf Basis der Gutachten getroffen. Der Abgabetermin für die Endfassung des Beitrags ist der **15. Juli 2020**.

Offene Rubrik Forum

Neben dem Schwerpunktthema bietet die Rubrik Forum die Gelegenheit zur Publikation von Originalmanuskripten aus dem Bereich geschlechtersensibler Politikwissenschaft (Beiträge im Umfang von max. 20.000 Zeichen), die zentrale Forschungsergebnisse zugänglich machen oder wissenschaftliche Kontroversen anstoßen. Vorschläge in Form von ein- bis zweiseitigen Abstracts erbitten wir an die Redaktionsadresse redaktion@femina-politica.de. Die endgültige Entscheidung wird auf der Basis des Gesamttextes getroffen.